



## FRANKREICH-ANALYSE

REFERAT WESTLICHE INDUSTRIELÄNDER

Friedrich-Ebert-Stiftung

**Bureau de Paris**

41 bis, boulevard de

La Tour-Maubourg

75007 Paris

Tel : 00 33 (0)1 45 55 09 96

Fax : 00 33 (0)1 45 55 85 62

[fes@fesparis.org](mailto:fes@fesparis.org)

[www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

September  
2006

Wahlprogramme versprechen viel und dienen nur sehr bedingt als Vorlage für die später umgesetzte Politik. Es handelt sich in der Regel um Maximalforderungen, die dann im Zuge von Koalitionsverhandlungen und Zugeständnissen an Interessengruppen sowie spezifische gesellschaftliche Bedingungen meistens nur teilweise in die Realität umgesetzt werden können. Ähnlich könnte es auch dem Wahlprogramm („projet“) der sozialistischen Partei (PS) ergehen, das eine Reihe von Forderungen und Versprechen enthält, die nur schwer einzuhalten sein werden: Rente mit 60 wird mit dem Argument der Generationengerechtigkeit versprochen, was einer Illusion gleichkommt, da immer weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Der teilprivatisierte Stromanbieter EDF soll wieder komplett verstaatlicht werden. Wirtschaftliche Folgen der Globalisierung sollen durch gezieltes staatliches Eingreifen und Importzölle für nicht europäische Waren abgemildert werden. Der Mindestlohn soll auf 1500 Euro ansteigen.

Weniger utopisch scheinen dagegen die Forderungen nach einer Aufstockung des Bildungsetats, optimierter Kinderbetreuung, verbesserten Studienbedingungen und nach einer dringend erforderlichen Reform der Institutionen: das Parlament soll gestärkt werden unter anderem durch die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten. Innere Sicherheit und Einwanderung werden thematisiert, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen als bei der regierenden UMP. Der Schwerpunkt liegt auf Prävention und Polizeipräsenz vor Ort. Die harte Linie von Innenminister Sarkozy bei der Einwanderung lehnt die PS ab. Im Hinblick auf die europäische Integration merkt man den Sozialisten noch die Spaltung in Befürworter und Gegner des europäischen Verfassungsvertrags an: es wird ein neuer Vertrag gefordert, der aber lediglich die institutionellen Fragen regeln soll. Es bleibt abzuwarten, was der im November zu kürende Kandidat bzw. die Kandidatin aus diesem Kompromiss zwischen den einzelnen Parteiflügeln macht, da das Programm viel verspricht aber wenig konkret wird. Das „Wie“ wird aber im Falle eines Wahlsieges ganz entscheidend sein für die Devise „Gemeinsam den Wandel erfolgreich gestalten“.

## Gemeinsam den Wandel erfolgreich gestalten: Das Programm der PS für 2007

*Philine Weyrauch*

*Nikolas Bader*

Das Wahlprogramm der Parti socialiste (PS), „le projet“, für die im Frühjahr 2007 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stellt eine solidarische Gesellschaft in Aussicht. Die Neugestaltung dieser Gesellschaft soll dank eines nachhaltigen Wirtschaftskonzeptes, einer stärkeren Gewichtung des republikanischen Prinzips der Gleichheit sowie einer besseren Handhabung der europäischen Integration und der Globalisierung erreicht werden.

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

Das Programm sollte ursprünglich durch eine möglichst große Teilnahme der PS-Mitglieder in den lokalen und regionalen Verbänden entstehen. Zu diesem Zweck wurden vom eingerichteten Projektausschuss in dreijähriger Vorbereitung Themenvorschläge erarbeitet und im stetigen Austausch mit den Mitgliedern diskutiert. Im Anschluss an den im November 2005 abgehaltenen Kongress von Le Mans wurde die Programmdebatte in Form von verschiedenen thematischen Versammlungen unter der Leitung Henri Emmanuellis weitergeführt.

Bemängelt wurde insbesondere die geringe Einflussmöglichkeit der neuen Parteimitglieder auf die Programmgestaltung. Immerhin waren bis Ende Mai um die 80.000 Neumitglieder in die PS eingetreten, was etwa 40 Prozent der rund 200.000 Mitglieder entspricht. Der Zeitraum vor der Abstimmung über das Programm war jedoch zu kurz, um die Vorschläge der neuen Mitglieder zu integrieren. Die knappe Annahme des Programms bei der Abstimmung spiegelt die daraus entstandene Unzufriedenheit wider. Das Projekt wurde am 1. Juli endgültig von der sogenannten „Convention nationale“ beschlossen, die sich aus Abgeordneten und Vertretern der höchsten Parteiämter zusammensetzt.

***Das sozialistische Programm fordert Veränderungen in vier Hauptpunkten: Vollbeschäftigung und nachhaltige Entwicklung (I), mehr Gleichheit (II), die Erneuerung der Republik (III) und die Rolle Frankreichs in Europa und in der Welt (IV).***

### VOLLBESCHÄFTIGUNG UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Ausgehend von der Feststellung einer Krise auf dem Arbeitsmarkt versprechen die französischen Sozialisten, bis 2012 die Arbeitslosenquote auf unter 5 Prozent zu senken und die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zu halbieren. Erreichen wollen sie dies durch höheres Wirtschaftswachstum. Folglich beschäftigt sich das sozialistische Projekt zu einem großen Teil mit den Instrumenten einer zukünftigen Wachstumspolitik: mehr Investitionen und eine stabile Binnennachfrage sollen erreicht werden. Die staatlichen Gelder sollen dabei vorrangig in Forschung und Bildung fließen. So will die PS innerhalb von 5 Jahren die Ausgaben pro Student auf den OECD-Durchschnitt anheben. Zudem sollen die Universitäten mehr Autonomie erhalten und das Forschungsbudget jährlich um 10 Prozent erhöht werden. Darüber hinaus soll jeder sozial schlecht gestellte Student eine staatliche Ausbildungsförderung erhalten.

Die Binnennachfrage wollen die Sozialisten unter anderem durch eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 1357 Euro auf 1500 Euro brutto stabilisieren.

Für Unternehmen will die PS stärkere Innovationsanreize dadurch setzen, dass sie die Höhe der zu entrichtenden Unternehmenssteuern abhängig macht vom Verhältnis der Investitionen zur Dividendenausschüttung eines Unternehmens. Zudem ist ein öffentlicher Risikokapitalfond für junge Unternehmen geplant. Industriebereiche, die von einer Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland bedroht sind, sollen ins Blickfeld einer nationalen Reindustrialisierungsagentur rücken. Diese soll eine mögliche Arbeitsplatzverlagerung durch gezielte Hilfen verhindern und beim Verlust von Stellen die Transformation der betroffenen Industrien mitgestalten.

In punkto Steuern plant die PS, verschiedene bestehende Steuern, darunter die Einkommenssteuer, zu fusionieren. Die dadurch entstehende „Bürgersteuer“ soll progressiver sein als bestehende Steuern und alle Einkunftsarten erfassen. Arbeit soll dadurch weniger als bisher, Kapital stärker belastet werden.

Der Staat spielt in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialisten eine große Rolle. So soll das erst kürzlich privatisierte Energieunternehmen Electricité de France (EDF) wieder verstaatlicht werden. Zusammen mit dem Unternehmen Gaz de France (GDF), gegen dessen Privatisierung die PS-Fraktion zur Zeit im Parlament mit vereinten Kräften kämpft, soll EDF eine gewisse Einflussmöglichkeit des Staates auf den Energiemarkt sichern.

Angesichts der Unruhen der Jugendlichen in den Vorstädten und den Demonstrationen um den CPE (Erstinstellungsvertrag) sieht die Partei im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitsverträge dringenden Handlungsbedarf und schlägt daher die Reaktivierung der unter der Regierung Jospin eingeführten und später abgeschafften „emplois jeunes“ vor. Hierbei handelt es sich um staatlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse, die jungen Franzosen eine erste Berufspraxis und den Einstieg ins Erwerbsleben ermöglichen. Zudem sollen unbefristete Arbeitsverträge auf dem französischen Arbeitsmarkt zur Regel werden. Vereine sollen steuerlich entlastet werden, um in diesem Bereich die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Im Übrigen wollen die Sozialisten die Höhe der zu leistenden Sozialbeiträge abhängig von der Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und der Dauer der Arbeitsverträge innerhalb eines Unternehmens machen. Im Falle von „Börsenentlassungen“ sollen die Arbeitnehmerrechte gestärkt werden. Überdies ist eine universelle Berufsabsicherung geplant. Diese soll nicht nur eine finanzielle Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, sondern auch ein Recht auf unbefristete Weiterbildung bieten.

Das durch die beschriebenen Maßnahmen erhoffte Wachstum soll nachhaltig sein. Deshalb müssen nach den Plänen der Sozialisten die französischen Steuerzahler in Zukunft unter anderem eine Ökosteuer auf umweltverschmutzende Aktivitäten entrichten. Ölunternehmen sollen ferner auf hohe Profite außerordentlich hohe Steuern zahlen. Auf Gütertransporte per Luft soll eine Kerosinsteuer entrichtet werden. Um mittelfristig die französischen Energiequellen zu diversifizieren und die Öl-Abhängigkeit zu verringern, soll der Anteil der erneuerbaren Energien in Frankreich massiv steigen. Als Ziel setzen sich die Sozialisten, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am französischen Energiemix auf 20 Prozent zu erhöhen, langfristig sogar auf 50 Prozent. Der Anteil des Atomstroms, welcher heute 78 Prozent der in Frankreich produzierten Energie ausmacht, soll dementsprechend sinken.

### **MEHR GLEICHHEIT**

Das Thema Chancengleichheit nimmt einen großen Stellenwert im Wahlprogramm ein, das eine Neudefinition des Wertes der Gleichheit versucht. Durch neue Inhalte in Bereichen der Wissensvermittlung und Bildung, einer Garantie von sozialen Sicherheiten und durch mehr Solidarität sollen soziale Gerechtigkeit und das Vertrauen der Bürger in ihr Staats- und Gesellschaftssystem gestärkt werden. Bildung wird im Programm zur ersten Priorität erklärt.

Die PS setzt dabei insbesondere auf Frühförderung schon in den Vorschulen und auf den Ausbau von Kinderkrippen mit öffentlichen Geldern. Die staatliche Schulpädagogik soll ausdifferenziert und den Bedürfnissen jedes einzelnen Kindes angepasst werden. Sozial heterogene Klassen sollen bei der Mittelvergabe an Schulen stärker berücksichtigt werden. Dabei will eine sozialistische Regierung auch weiterhin den Schwerpunkt auf eine staatliche und kostenfreie Schule legen. Schulpflicht soll bereits ab 3 Jahren gelten. Klar äußern die Sozialisten im Wahlprogramm ihre Kritik an der zunehmenden Privatisierung von Bildungsinstitutionen.

Zur Vertiefung des Gleichheitsprinzips zählt auch der Vorschlag einer erweiterten Öffnung der Vorbereitungsklassen für Elitehochschulen. In diesem Zusammenhang sollen die Bildungsprogramme für sozial benachteiligte Gegenden ausgebaut werden.

In strikter Ablehnung des Ersteinstillungsvertrages der aktuellen Regierung wollen die Sozialisten die von der UMP eingeführte Senkung des Ausbildungsalters auf 14 Jahre abschaffen und die Nachtarbeit ab 15 Jahren verbieten. Der Kontakt zwischen Eltern und Schulen soll verbessert werden. Die PS lehnt den von der Regierung eingeführten „Eltern-Verantwortungsvertrag“ (*Contrat de responsabilité familiale*) ab, der bei Delikten der Kinder die Kürzung des Familiengeldes zur Folge haben kann. Eltern sollen im Gegenteil dazu motiviert werden, Verantwortung in Abstimmung mit den Schulen zu übernehmen. Eine Bestrafung für „erzieherisches Versagen“ schliesst die PS aus.

Das im Programm vorgestellte Sicherheitskonzept ist der zweite Pfeiler des Prinzips einer erneuerten Gleichheit. So zeigt die PS zwar nach den Unruhen in den französischen Vorstädten Härte, was auch aus Erklärungen der potenziellen Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal klar hervorgeht, die unter anderem Umerziehungscamps für junge Straftäter nach amerikanischem Muster vorgeschlagen hat. Steigende Kriminalität soll bekämpft werden, vor allem ihre Ursachen: Arbeitslosigkeit, Ghettobildung und fehlende Schulbildung. In Abgrenzung an die Pläne der regierenden UMP soll aber diese Härte nur ergänzend zur Prävention eingesetzt werden, die den Kernpunkt einer sozialistischen Politik bildet. Bildungspolitik soll wieder sozialen Aufstieg und Integration möglich machen. Wiedereingliederungsmaßnahmen für jugendliche Straftäter und allgemeinnützige Arbeit sind nach Ansicht der Sozialisten Gefängnisstrafen klar vorzuziehen.

Sicherheit ist für die Sozialisten untrennbar mit ihrem Gesellschaftsprojekt verbunden. Dazu gehört neben Bildungsförderung auch die Schaffung von neuem Vertrauen in Justiz und Polizei. Wie bereits im Wahlprogramm von 1997 ist hierfür die erneute Stärkung der von der aktuellen Regierung in ihren Aufgaben stark eingeschränkten Nachbarschaftspolizei vorgesehen.

Mehr Gleichheit soll außerdem durch eine Neudefinition des Begriffs der Solidarität erreicht werden; eine neue Solidarität muss nach Meinung der Sozialisten zwischen Franzosen verschiedener Generationen und zwischen den französischen Territorien geschaffen werden. Diesem Zweck dient unter anderem die Einführung eines Wohnrechts. Die PS verspricht die Bereitstellung von 120 000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr. Die Mietausgaben der schwachen Einkommensgruppen sollen in Sozialwohnungen auf 25 Prozent des privaten Haushaltseinkommens begrenzt, die Rechte der Mieter bei Eigentümerwechsel der Wohnungen gestärkt werden. Mit diesen Maßnahmen setzen die Sozialisten ein klares Zeichen angesichts des im vergangenen Juni beschlossenen Wohn- und Mietgesetzes der UMP-Regierung, das ihrer Ansicht nach nicht für genügend sozialen Wohnraum sorgt und nicht entschlossen genug gegen Gemeinden vorgeht, die keine neuen Sozialwohnungen bauen.

Auch die Gesundheitspolitik ist für die Sozialisten Kernaufgabe einer solidarischen Gesellschaft. In diesem Bereich fallen jedoch im Programm die Erneuerungsvorschläge recht knapp aus. Die Sozialisten stellen das öffentliche Krankenhaus in den Mittelpunkt ihrer Gesundheitspolitik und planen verstärkte ambulante Betreuung. Die Schwerpunktlegung auf Allgemeinmediziner, die die Patienten an Spezialisten weiterleiten sollen, dient der Kosteneindämmung. Zu kurzfristig steigenden Kosten wird allerdings der Vorschlag führen, jungen Franzosen zwischen 16 und 25 Jahren einen einmaligen kostenlosen Arztbesuch zu ermöglichen. Diese Maßnahme soll der Gesundheitsvorsorge dienen und sich langfristig auszahlen.

Weiterhin will die PS angesichts der bestehenden Diskrepanzen zwischen dem ärztereichen Süden und den vergleichsweise schlechter versorgten Gebieten des Landes eine ausgeglichene Verteilung

der Ärzte erreichen. Im Bereich der ärztlichen Sterbehilfe wird eine neue nationale Debatte gefordert und das Recht eines jeden Menschen vertreten, in Würde zu sterben. Die Krebs- und Aidsvorsorge soll verbessert werden.

Die PS kritisiert die Unübersichtlichkeit des Systems der staatlichen sozialen Hilfen, die eine gesellschaftliche Solidarität funktionsunfähig mache. Das Programm sieht daher in Anlehnung an einen Vorschlag aus dem Armutsbericht von Martin Hirsch, dem Präsidenten des Wohlfahrtsverbandes Emmaüs, eine Vereinheitlichung der staatlichen Hilfen in Form eines aktiven Solidaritätseinkommens vor, das die Integration in den Arbeitsmarkt über eine Kumulierung von Arbeitseinkünften und staatlichen Hilfen erleichtern soll. Weiterhin ist ein „universeller Bankendienst“ vorgesehen, um allen Menschen Zugang zu einem eigenen Bankkonto zu ermöglichen.

Anders als in Deutschland ist die Rente ab 67 kein Thema im Programm der größten Linkspartei. Im Gegenteil: Jeder Franzosen soll weiterhin das Recht auf seine Rente bereits im Alter von 60 Jahren haben. Die Rentenreform von 2003 soll rückgängig gemacht, eine Mindestrente entsprechend dem Mindestlohn SMIC eingerichtet werden. Ein staatlicher Renten-Fond, wie bereits von der Regierung Jospin vorgesehen, soll zur Sicherung der Renten in den Jahren 2020 bis 2040 mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. In diesem Punkt grenzen sich die Sozialisten deutlich von Plänen Chiracs und der UMP ab, die insbesondere auf private Rentenabsicherung setzen.

Als weitere Maßnahmen zur Solidaritätsförderung sind die Schaffung eines für alle 18 bis 25-jährigen Französischen und Franzosen obligatorischen Zivildienstes von 6 Monaten Dauer zu nennen, sowie das Recht auf Eheschließung und Adoption für Homosexuelle. Indem Lebensläufe eine anonyme Form annehmen, sollen ethnische oder geschlechterspezifische Diskriminierungen vermieden werden.

Die wirkliche Gleichheit ist also in der Vorstellung der Sozialisten eine Verbindung von Chancengleichheit und Eigeninitiative mit Sicherheitsgarantien und einer neuen Form von gesellschaftlicher Solidarität. Integration wird dabei insbesondere als Problem sozialer Gerechtigkeit verstanden.

### **DIE ERNEUERUNG DER REPUBLIK**

Das Vertrauen der Franzosen in ihre demokratischen Institutionen ist in den vergangenen Jahren stark gesunken. Die Erneuerung der Republik soll über einen Werte- und Institutionenwandel erreicht werden. So wollen die Sozialisten das Prinzip der Laizität im Bewusstsein der Franzosen durch eine der Verfassung angehängte Charta neu verankern, die allen Religionen die gleichen Rechte und Pflichten auferlegt. Im Parlament hat die PS-Fraktion diesem Willen bereits durch einen neuen Gesetzesentwurf Ausdruck verliehen.

Ein Wandel der Institutionen wird durch mehrere Reformvorschläge angestrebt, über welche die Franzosen per Referendum abstimmen sollen. Sie sind dazu bestimmt, die Rolle des Parlaments zu stärken und die des Präsidenten zu beschneiden. Das semi-präsidentielle System soll sich zu einem parlamentarischen System wandeln.

Dabei wird die Macht des Präsidenten klar eingeschränkt. Er wird für Vergehen leichter strafrechtlich haftbar gemacht. Das Parlament soll das weiterhin direkt gewählte Staatsoberhaupt durch ein Amtsenthebungsverfahren absetzen können, wenn dieses seinen Aufgaben nicht nachkommt. Weiterhin

wird vorgeschlagen, dem Präsidenten Ernennungsrechte für den Verfassungs- und Richterrat zu entziehen. Er soll nur ein Mal zur Wiederwahl antreten können.

Der angestrebte Systemwandel äußert sich durch die geplante Stärkung der Rechte des Parlaments. Diesem wollen die Sozialisten mehr Einfluss auf seine Tagesordnung gewähren, die bislang hauptsächlich von der Regierung vorgegeben ist. Der Artikel 49.3 der Verfassung, der einen Gesetzestext mit einer Vertrauensfrage koppelt, soll abgeschafft werden.

Der Verbesserung der parlamentarischen Arbeit dient auch die Erhöhung der Anzahl der Parlamentsausschüsse, die derzeit auf sechs begrenzt ist. So soll das Parlament zum Beispiel bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien und in außenpolitischen Fragen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die Sozialisten fordern des Weiteren eine stärkere Abhängigkeit des Regierungschefs von der parlamentarischen Mehrheit, durch den sogenannten Mehrheitsvertrag. Dieser soll den Premierminister verpflichten, zu Beginn jeder Sitzungsperiode ein Arbeitsprogramm vorzustellen und dafür das Vertrauen der Mehrheit einzuholen. Die Rechte der Regierung werden auch durch die Abschaffung der Möglichkeiten zur Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens eingeschränkt.

Ihre Regierung wollen die Sozialisten geschlechterparitätisch besetzen. Für Abgeordnete soll das *mandat unique*, das Verbot von Ämterhäufung eingeführt werden.

Auch neue partizipative Elemente sind dazu bestimmt, das Vertrauen der Franzosen in die Politik zu stärken. Direkte Demokratie wird durch die Möglichkeit einer Volksinitiative gefördert, die durch eine Million Franzosen eingebracht werden kann. Die Repräsentanz der einzelnen Territorien soll in beiden Kammern verstärkt werden. Ausländer werden unter bestimmten Voraussetzungen an lokalen Wahlen beteiligt.

Insgesamt ist der Katalog der vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich des Werte- und Institutionenwandels beachtlich, wenn auch der Forderung einer VI. Republik durch die sozialistische Bewegung Arnaud Montebourgs, „*rénover maintenant*“, nicht nachgekommen wird. Es setzen sich im Programm vielmehr gemäßigte Parteiströmungen durch, die einen Wandel im Rahmen der bestehenden V. Republik vorziehen. Historisch gesehen wären die im Programm vorgeschlagenen Änderungen sicherlich bedeutend, da sie den klaren Wechsel des gewachsenen Systems hin zu einem neuen lebendigen Parlamentarismus fordern.

## FRANKREICHS ROLLE IN EUROPA UND IN DER WELT GESTALTEN

Die Europäische Union spielt eine wichtige Rolle in den außenpolitischen Überlegungen der französischen Sozialisten. Der Verfassungsvertrag ist für sie nach dem „Nein“ der französischen Bürger jedoch bedeutungslos geworden. Als Ausweg bieten sie einen neuen Vertrag an, der sich ausschließlich mit den EU-Institutionen befasst und diese entscheidungsfähig machen soll. Alle anderen Fragen des Verfassungsvertrags sollen ausgeklammert werden.

Wirtschaftspolitisch strebt die PS die Harmonisierung der Fiskalpolitiken und die Konvergenz der Budgetpolitiken des Euro-Raumes an. Für jeden EU-Staat fordert sie die Schaffung eines Mindestlohns, um gegen Sozialdumping vorzugehen. Der EU-Wirtschaftsraum soll durch eine Erhöhung der Importzölle sowie die Festschreibung von Sozial- und Umweltstandards geschützt werden. Das EU-Budget soll steigen, finanziert unter anderem durch eine neu zu schaffende EU-Steuer. Überdies fordern die Sozialisten eine klare Definition der Grenzen Europas. Allen nicht-europäischen Staaten

wollen sie eine strategische Partnerschaft anbieten. In Rüstungsfragen soll eine verstärkte Kooperation mit Deutschland, Großbritannien und jedem anderen interessierten europäischen Staat angestrebt werden. Auf europäischer Ebene werden vertiefte Kooperationen angestrebt. Massive Investitionen in den 10 neuen Mitgliedsländern sollen deren wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den alten Mitgliedern verringern. Darüber hinaus ist eine Revision der Kriterien des Stabilitätspaktes vorgesehen.

Das „Projet“ sieht die Schaffung der „Vereinten Wirtschaftlichen Nationen“ vor, die für eine nachhaltige weltweite Entwicklung bei gleichzeitiger Beachtung von Sozial- und Umweltstandards sorgen sollen. Die bestehenden internationalen Organisationen wie die Welthandelsorganisation, die Weltbank und der Internationale Währungsfond sollen reformiert werden und der Kampf gegen die Armut in den Mittelpunkt rücken. In diesem Zusammenhang fordern die Sozialisten einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) soll mehr Befugnisse erhalten. Um den Umweltschutz voran zu bringen, soll eine internationale Umweltorganisation geschaffen werden.

### DIE FRANZÖSISCHE LINKE IM WANDEL?

Die Reaktionen auf das PS-Programm sind sowohl innerhalb der Partei, als auch in den Medien wenig euphorisch. Seitens der UMP wird erwartungsgemäß insbesondere die Finanzierung des Projekts in Frage gestellt. So präsentierte der Haushaltsminister Jean-Francois Copé eine Rechnung, derzufolge die Umsetzung des sozialistischen Programms jährliche Mehrausgaben in Höhe von 104 Milliarden Euro erfordere. Dem sozialistischen Argument, dies sei durch ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent zu finanzieren, hält er entgegen, das hierfür nötige Wachstum müsse 8,5 Prozent betragen, was derzeitigen chinesischen Steigerungsraten entspräche.

Die PS reagiert gelassen auf die Finanzierungskritik. Die Partei rechnet mit Steuermehreinnahmen von 18 Milliarden Euro, hohen Wachstumsraten und Gesamtkosten des Programms von 49 Milliarden Euro.

Innerhalb der PS bemängeln viele Mitglieder, das Programm sei zu fade, es fehle an „Pepp“. Jedoch wird große Hoffnung auf den im November zu bestimmenden Präsidentschaftskandidaten gesetzt. Dieser muss, so der Anwärter Dominique Strauss-Kahn auf einer Konferenz in Besançon, einige Bikinis in seiner Tasche haben um das Projekt „sexy“ zu gestalten.

Der Parteivorsitzende und Lebensgefährte von Ségolène Royal, François Hollande, vertritt die Meinung, das Projekt gelte für alle sozialistischen Kandidaten und Abweichungen seien nicht möglich.

An diesem Punkt könnten im Vorfeld der Kandidatenkür Probleme auftreten, da die verschiedenen Strömungen der Partei sich mit ihren jeweils eigenen Positionen und Kandidaten zu profilieren suchen. So hat sich zum Beispiel Arnaud Montebourg, Vertreter eines fundamental verfassungsreformistischen Projekts einer VI. Republik, bei der ersten Abstimmung über das Programm enthalten, da er die darin vorgesehenen demokratischen Reformen als unzureichend ansah. Inzwischen engagiert er sich jedoch als Sprecher im Wahlkampfteam Ségolène Royals und hat seine eigene Kandidatur ausgeschlossen.

Fest steht, dass die verschiedenen Kandidaten für das Präsidentenamt, darunter Laurent Fabius, Jack Lang, Dominique Strauss-Kahn und Ségolène Royal derzeit eine eher partielle Vision des sozialistischen „projet“ vertreten und vor allem mit ihren eigenen Ideen und Themenfeldern werben. Auch das plötzliche politische Wiederauftauchen Lionel Jospins im September, der sich den

Sozialisten als interner Schlichter und Verfechter des Einheits-Projekts anbot und den entstandenen Spekulationen um seine Kandidatur erst spät ein Ende setzte, hat der Debatte bisher keinen einheitlichen Ton verleihen können. Ebenso haben die Sommeruniversität in La Rochelle und die Parlamentariertagung in Nantes in den vergangenen Wochen der Öffentlichkeit noch einmal die interne Zerrissenheit der Partei vor Augen geführt. Nachdem die PS-Fraktion im Parlament beim Kampf gegen die Privatisierung von *Gas de France* ihre Einheit unter Beweis gestellt hat, ist jedoch zu hoffen, dass auch die baldige Kandidatenkür im November einen geschlosseneren Kurs zugunsten eines gemeinsamen Projekts ermöglicht.

Aus deutscher Sicht erscheint bei der Lektüre des Programms insbesondere die Frage nach den darin vertretenen Werten und Weltanschauungen interessant. Dabei ist festzustellen, dass sich die Sozialisten auf die traditionellen Vorstellungen der französischen Linken berufen. Sie betonen insbesondere das Modell eines starken Staates, das Prinzip der Laizität, die republikanische Tradition, Gleichheit, Solidarität und die kostenfreie staatliche und verpflichtende Schulausbildung. Das Programm vertritt den Anspruch, die traditionellen Werte mit neuem Sinngehalt zu füllen. Insgesamt gibt es jedoch wenig konkrete Vorschläge bezüglich der Umsetzung dieser Ideen. Dies ist der Aussage einiger PS-Politiker zufolge kein Zufall, da die konkrete Ausgestaltung der Pläne erst durch den Präsidentschaftskandidaten erfolgen soll.

Die Abgrenzung von der regierenden UMP wird im Programm jedoch sehr deutlich: Einige von vorherigen sozialistischen Regierungen eingeführte und von der UMP abgeschaffte Projekte werden wieder aufgenommen, so zum Beispiel die „emplois jeunes“ und das sozialistische Konzept einer Nachbarschaftspolizei. Andere UMP-Gesetze sollen wieder außer Kraft gesetzt oder stark eingeschränkt werden. Das Programm ist ein klares Gegenprogramm: gegen Angst, sozialen Abstieg, „exclusion“ und soziale Ungerechtigkeiten.

Neu und auf den ersten Blick nicht konträr zum Regierungsprogramm erscheint die Betonung der innenpolitischen Härte, die als Reaktion auf die „Krise der Vorstädte“ zu verstehen ist. So spricht man im Programm von einer „politique de fermeté“, wobei gleichzeitig dem Aspekt der Prävention und der Förderung von Chancengleichheit große Bedeutung zukommt. Das sozialistische Konzept von Ordnung, das lange Zeit als ein rein republikanisches Gerechtigkeitsmodell verstanden wurde, wird nun ergänzt durch eine vermehrte Akzeptanz von Sanktionen. Dabei klingt jedoch im Kapitel zur Einwanderung ein versöhnlicher Ton an, der sich deutlich von der Gesetzgebung der UMP und Sarkozys abgrenzt. Regularisierung von Einwanderern und Familienzusammenführung soll erleichtert, der Kampf gegen illegale Einwanderung auf europäischer Ebene in enger Kooperation mit den Herkunftsländern verbessert werden.

Eine Gegenüberstellung des PS-Programms mit den Leitsätzen der SPD zeigt, dass die französischen Sozialisten dem Markt und dem freien Wettbewerb deutlich weniger Vertrauen schenken als die deutschen Sozialdemokraten, was auch in Aussagen verschiedener linker Politiker und in der klaren Ablehnung einer Schöder-Blairschen neuen Mitte immer wieder zum Ausdruck kommt. So ist der Begriff „Wettbewerb“, anders als in den SPD-Leitsätzen kein Grundpfeiler des Textes. Die SPD spricht von „Freiheit und Verantwortung“. Im sozialistischen Programm findet man keine ähnlichen Äußerungen, selbst wenn die potenzielle Kandidatin Ségolène Royal in der öffentlichen Meinung als sehr „blairfreundlich“ gilt. Bei der Bewertung des für 2007 beschlossenen Projekts sollte jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass es auch die europa- und liberalismuskritische „NEIN Linke“ an sich binden muss und zugleich ihre starke Position in der Partei widerspiegelt.

Wie auch die SPD, so steht die französische Linke dem internationalen Finanzkapitalismus kritisch gegenüber. Sowohl deutsche Sozialdemokraten als auch französische Sozialisten weigern sich, libe-



